

«Das wird sich auch wirtschaftlich rächen»

Die Schweiz würde mit den neuen EU-Verträgen an Souveränität verlieren, mahnt der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann. Das sei längerfristig auch schlecht für die Wirtschaft, erklärt er im Gespräch mit Katharina Fontana und Fabian Schäfer

Herr Straumann, was hat Sie bei der Lektüre der neuen Abkommen am meisten überrascht?

Bis jetzt: nichts. Ich schaue die EU-Verträge mehr grundsätzlich an. Für mich ist klar: Wirtschaftlich bringen sie praktisch nichts, politisch verlieren wir weiter an Souveränität. Das wird sich längerfristig auch wirtschaftlich rächen, weil unsere Wirtschaftspolitik schlechter werden wird: weniger dezentral, weniger pragmatisch, weniger demokratisch.

Was in den Abkommen im Detail drinsteht, ist also gar nicht so wichtig?

Doch, für die politische Auseinandersetzung ist der genaue Inhalt zentral. Es gibt überall Neuerungen, die enormen Widerstand erzeugen werden. Jede Interessengruppe wird Dinge vorfinden, die für sie nicht akzeptabel sind. Ich bin überzeugt, dass diese Vorlage beim Volk nie durchkommen wird – selbst ohne Ständemehr ist sie chancenlos.

Und wenn doch: Wäre das eine Wende in der Schweizer Geschichte?

Nein, historisch gesehen, passierte die grosse Wende mit den Bilateralen I im Jahr 2000. Dort haben wir bereits viel Souveränität abgegeben. Die neuen EU-Verträge wären ein weiterer Ausbauschritt, mit dem wir noch mehr Autonomie verlieren würden.

Und wenn wir die Verträge ablehnen, wäre das eine Wende für die Schweiz?

Nein. Es wäre eine Bestätigung, dass die grosse Öffnung gegenüber der EU abgeschlossen ist, weil die Leute wachstums-müde geworden sind. Der Aufbruch der 1990er Jahre ist vorbei – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Einwanderungsfrage. Ein wachsender Teil der Bevölkerung stört sich an der hohen Zuwanderung. Nun will der Bundesrat mit den EU-Verträgen noch mehr Freizügigkeit. Dieses Anliegen steht völlig quer in der Landschaft.

Was sind die ökonomischen Vor- und Nachteile der neuen Verträge?

Ich sehe keine relevanten Vorteile. Vom privilegierten Marktzugang profitieren heute einzelne Branchen, andere nicht. Die Sanitärbranche zum Beispiel muss für jede Installation vor Ort eine Filiale haben und je nach Land andere Vorschriften erfüllen. Unlängst hat der IWF eine Studie publiziert, die klar aufzeigt, dass der EU-Binnenmarkt selbst für die EU-Mitgliedsländer weitgehend eine Fiktion darstellt. Der Wegfall des privilegierten Marktzugangs sollte also nicht überschätzt werden: Gewisse Branchen kostet das etwas, aber nicht besonders viel, andere werden nichts spüren.

Eine Studie ergab, dass der Wegfall der Bilateralen I im Jahr 2045 pro Einwohner und Jahr 2500 Franken kosten würde. Die Studie geht erstens von einem Extremszenario aus, das kaum eintreten wird. Zweitens muss man die Zahl in den Kontext einbetten: Auf zwanzig Jahre 1,65 Prozent BIP pro Kopf weniger zu wachsen, ist vernachlässigbar, das spürt man nicht. Drittens geht die Studie nicht auf die Frage ein, wie negativ eine Anbindung an die Wirtschaftspolitik der EU für die Schweizer Wirtschaft wäre. Es dürften weit mehr als 2500 Franken pro Kopf sein, wenn die EU weiterhin alles und jedes regulieren will und so die Investitionstätigkeit bremst.

Laut den Studien des Bundes ist primär die Personenfreizügigkeit ökonomisch wertvoll. Überzeugt Sie das?

Nur bedingt. Die Zuwanderung ist wichtig, das ist auch historisch erwiesen. Die Schweiz wäre ohne Immigration nie so reich geworden. Doch dass die Personenfreizügigkeit ökonomisch einen riesigen Vorteil darstellt, bezweifle ich. Mit Kontingenten war das Produktivitätswachstum in den 1980er Jahren nicht schlechter. Höhere Zuwanderung heisst nicht automatisch höhere Produktivität.



ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

Wie hoch sollte die Zuwanderung aus Ihrer Sicht sein?

Optimal wäre etwa die Hälfte von heute, sicher weniger als 50 000 Personen jährlich. Damit wäre die Zuwanderung historisch und im internationalen Vergleich noch immer recht hoch, aber sie wäre innenpolitisch akzeptiert.

In welchen Branchen ist die Zuwanderung heute zu gross?

In erster Linie beim Staat, dort haben wir das mit Abstand höchste Beschäftigungswachstum. In der Industrie stagniert die Zahl der Beschäftigten.

Zum Staat zählen auch das Gesundheits- und das Bildungswesen.

Genau. Dass Schulen oder Spitäler grossen Personalbedarf haben, ist auch auf die Zuwanderung zurückzuführen: Sie schafft neue Nachfrage, für die das heimische Angebot fehlt. Man kann die Leute, die es überall braucht, gar nicht so schnell ausbilden. Der Fachkräftemangel ist teilweise auch das Ergebnis der starken Zuwanderung. Oder umgekehrt gesagt: Wenn weniger Einwanderer ins Land kommen, sinkt auch der Bedarf an Fachkräften beim Staat.

Profitieren die Einheimischen von diesem starken Wachstum?

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt viele Profiteure, allen voran der Staat, der mehr Steuereinnahmen erhält. Für Professoren wie mich ist das Wachstum grossartig: Die Universität wird ausgebaut, es gibt mehr Stellen, mehr Geld. Für die Einheimischen, die sich für Jobs an einer Universität bewerben, wird es dagegen schwieriger, sie haben grosse ausländische Konkurrenz. Für die Immobilienbesitzer ist das Wachstum ein Geschenk des Himmels, ihre Liegenschaften werden immer wertvoller. Für jene, die eine Wohnung suchen, wird es hingegen mühsamer, ebenso für die Pendler, die in vollen Zügen sitzen. Die Personenfreizügigkeit hat Vorteile, aber sie verursacht auch Kosten, und diese belasten gewisse Gruppen stärker als andere.

Der frühere Arbeitsmarkthelfer beim Bund, Boris Zürcher, sagt, dass sich die Schweiz die Zustimmung zur Zuwanderung durch soziale Wohltaten wie Krippenbeiträge oder höhere Renten erkaufe. Das ist eine gute Beobachtung. Es erinnert stark an die frühen 1970er Jahre. 1970 wurde über die Schwarzenbach-Initiative «gegen Überfremdung» abgestimmt. Die Vorlage war extrem, sie hätte enormen Schaden angerichtet, dennoch stimmten sage und schreibe

45 Prozent der Leute dafür, weil sie der Meinung waren, es müsse etwas gegen die starke Zuwanderung unternommen werden. Wenn etwas über längere Zeit schnell wächst oder sich schnell verändert, fühlen sich die Leute irgendwann nicht mehr zu Hause. Wir sind heute an einem ähnlichen Punkt.

Befürworter der Verträge sagen, dass die Bilateralen nach einem Nein erodieren.

Ich denke nicht, dass die EU ein Interesse daran hat, die Beziehungen zur Schweiz auslaufen zu lassen. Gleichzeitig können wir nicht damit rechnen, dass alles beim Alten bleibt. Die EU wird der Schweiz schaden wollen, das haben wir ja schon erlebt.

Denkbar ist, dass die EU die Schweiz bei der Forschung erneut ausgrenzt.

Macht das Ihnen keine Sorgen? Doch, aber damit können wir leben. Es gibt sicher einzelne Programme, bei denen es wichtig ist, die Kooperation aufrechtzuerhalten. Doch da findet man Lösungen. Das höre ich auch von den Universitäten: Wir haben einen Plan B.

Und wenn die besten Professoren nicht mehr an die ETH wechseln?

Wenn die ETH tatsächlich ein Rekrutierungsproblem bekäme, müsste man den Leuten eben bessere Angebote machen, damit ein Wechsel nach Zürich oder Lausanne attraktiv ist. Aber das betrifft ganz wenige Spitzenkräfte.

Dass die Schweizer Universitäten nicht mehr europaweit eingebunden wären, erachten Sie als unbedeutend?

Damit können wir umgehen. Die Vernetzung haben wir auch ohne Beteiligung an den EU-Forschungsprojekten, in Teams kooperieren kann man immer. Zum Teil erhalten die Teams sogar mehr Geld, wenn sich die Europäer in der EU und die Schweizer Kollegen in der Schweiz um Finanzmittel bewerben.

Wie soll es nach der allfälligen Ablehnung der Verträge weitergehen?

Dann braucht es Geduld. Wir haben die Bilateralen, mit denen kann man vorläufig weitermachen. Ich habe nicht verstanden, warum der Bundesrat kurz nach dem Scheitern des Rahmenabkommens 2021 bereits wieder Gespräche mit der EU aufgenommen hat. Für mich ist klar: Ich würde nicht auf Vorrat Ja sagen aus Angst vor negativen Folgen.

Die EU sagt schon seit über zehn Jahren, dass sie den bilateralen Weg so nicht weiterführen will. Ist es wirklich realis-

tisch, dass wir nach einem nochmaligen Nein einfach so weitermachen können?

Man sollte die politische Taktik nicht unterschätzen, ich würde das auch sagen, wenn ich für die EU verhandeln würde. Nach dem Nein zum EWR hiess es vonseiten der EU zunächst auch, es werde ganz sicher keine bilateralen Verträge geben, und dann gab es sie doch. Ich finde, die Schweiz hat in den letzten Jahren an Selbstbewusstsein verloren. Man muss ein gewisses Risiko in Kauf nehmen. Im Umgang mit den USA zeigt sich, dass die Schweiz flexibel reagieren kann. Würde sie die EU-Verträge abschliessen, verlöre sie an Flexibilität.

Warum?

Weil wir in den Binnenmarktabkommen die vielen tausend Vorschriften der EU übernehmen müssten. Es gibt Länder, denen das egal ist und die sich durchmogeln. Die Schweiz zählt nicht dazu, wir halten uns an Regeln, was ja auch gut ist. Ich vergleiche die EU gerne mit der katholischen Kirche. Es gilt das Motto: Du darfst gegen die Regeln verstossen, solange du sie nicht infrage stellst. Das ist nicht das Motto der Schweiz.

Muss man nicht davon ausgehen, dass die Schweiz die Regulierungen – beispielsweise im Lebensmittelbereich – ohnehin übernehmen wird?

Wir übernehmen tatsächlich schon jetzt freiwillig enorm viele EU-Bestimmungen. Doch wir machen es nicht zu hundert Prozent, und wir können pragmatische Lösungen finden. Wenn die Regeln später nicht überzeugen, können wir sie eigenständig wieder aufheben oder verbessern. Mit den EU-Verträgen können wir das nicht mehr.

Manche in der EU finden, die Schweiz sei eine Trittbrettfahrerin: Sie profitiere von vielen Leistungen der EU, ohne sich angemessen daran zu beteiligen.

Dafür habe ich Verständnis. Es ist legitim, von der Schweiz einen fairen Beitrag zu verlangen. Es würde uns gut anstehen, wenn wir uns finanziell stärker an einzelnen Programmen der EU oder an Projekten in ärmeren EU-Ländern beteiligen würden. Im Gegenzug könnten wir umso glaubwürdiger auf unsere politische Unabhängigkeit pochen.

Macht der Zollkonflikt mit den USA die EU-Verträge dringlicher?

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Selbst wenn wir die Verträge jetzt schon angenommen hätten, müssten wir separat mit den USA verhandeln. Zudem leuchtet mir das Argument nicht ein, dass wir für unseren sogenannten Alleingang einen Preis bezahlen würden. Grossbritannien hat dank Brexit einen besseren Deal als die EU erhalten.

Halten Sie es für realistisch, dass die EU die Schweiz nach einem Nein derart abstrafft, dass wir panisch werden und dem EWR beitreten?

Nein, das glaube ich nicht.

Bis jetzt geht es uns ja auch gut.

Ja, aber wieso geht es uns gut? Weil wir bessere Institutionen haben als die EU und die meisten EU-Länder. Deshalb wollen ja auch so viele Leute zu uns kommen. Die Schweiz funktioniert gut, die Leute können sich politisch beteiligen, es herrscht grosses Vertrauen in den Staat. All dies wird durch die neuen Verträge infrage gestellt, weil die demokratischen Rechte abgebaut werden.

Was denken Sie, wie unsere Beziehung zur EU in zwanzig, dreissig Jahren aussieht?

Es bleibt schwierig, auch mit den neuen Verträgen. Die Beziehung wird dadurch nicht geklärt, es wird weiterhin Auseinandersetzungen geben. Wer meint, wir hätten mit den Verträgen auf Jahre hinaus stabile Beziehungen, macht sich etwas vor. Die EU ist ein Projekt, das sich laufend verändert, und damit tun sich auch viele EU-Mitglieder schwer.

NZZ

Pro

Dieser Artikel ist bei «NZZ Pro» erschienen, dem Premiumangebot der NZZ mit dem vertieften Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

www.nzz.ch/pro